

4887/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde haben am 24. November 1998 unter der Nummer 5205/J - NR/1998 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Initiativen gegen die Fertigstellung von Atomkraftwerken gestellt, welche folgenden Wortlaut hat:

- 1.) "Wann und mit welchem Inhalt übermittelten Sie Ihre Bedenken über die Fertigstellung Temelins den tschechischen Regierungsstellen, die den Bericht über die außenpolitischen Konsequenzen einer allfälligen Inbetriebnahme Temelins verfassen?
- 2.) Sind Sie mit den anderen Nachbarstaaten Tschechiens, insbesondere Deutschland in Kontakt getreten, um eine akkordierte Vorgangsweise zu erreichen und was ist das Ergebnis dieser Kontakte?
- 3.) Mit welchen Staaten wurde bereits Kontakte aufgenommen, damit sie ähnlich wie Österreich ihre Betroffenheit geltend machen und Einwendungen gegen die Fertigstellung der ukrainischen Kernreaktoren K2/R4 im Rahmen des Umweltverträglichkeitsverfahrens für den EBRD - Kredit vorbringen? Was ist das Ergebnis dieser Kontakte?
- 4.) Werden Sie sich darum bemühen, weitere Staaten für diese Einwendungen zu gewinnen? Wenn nein, warum nicht?

ich beehe mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Bedenken Österreichs betreffend eine Fertigstellung des KKW Temelin sind der tschechischen Regierung bestens bekannt. Im Hinblick auf die Entschließung des Nationalrates Nr. 140 vom 7. Oktober 1998 haben die Bundesminister Prammer und Bartenstein anlässlich ihrer Besuche in Prag im Oktober 1998 gegenüber den tschechischen Regierungssstellen auf die erheblichen Sicherheitsbedenken und die ökonomische Fragwürdigkeit des Projektes, die eine Erstellung von Atomausstiegskonzepten dringlich erscheinen lassen, hingewiesen. Im Dezember 1998 hat das Bundeskanzleramt der tschechischen Botschaft in Wien nach interministerieller Abstimmung die österreichische Antiatompolitik mündlich und schriftlich ausführlich erläutert. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer zusammenfassenden Darstellung zu diesem Thema, die der tschechischen Regierung in Bälde übergeben werden wird.

Zu Frage 2:

Unter den Nachbarstaaten Tschechiens ist derzeit nur Deutschland bereit, das Thema nuklearer Sicherheit gegenüber der Tschechischen Republik anzusprechen. Ich habe deshalb Außenminister Fischer ersucht, auf alle Beitrittskandidaten, insbesondere aber auf Tschechien im Hinblick auf das KKW Temelin, in seiner Eigenschaft als EU - Ratspräsident einzuwirken. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Schlußfolgerungen des Rates über nukleare Sicherheit im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union hin, die der Rat Allgemeine Angelegenheiten unter meinem Vorsitz am 7. Dezember 1998 verabschiedet hat. Diese wie auch die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Wien, die auf die Wichtigkeit der nuklearen Sicherheit unter dem Kapitel Umwelt und Nachhaltige Entwicklung hinweisen, sowie jene der EU -

Umweltminister vom 22. Juli 1998 wurden der Tschechischen Republik zur Kenntnis gebracht.

Zu Frage 3 und 4:

Ich möchte hier auf das am 9. Dezember 1998 in Wien abgehaltene öffentliche Round - Table - Gespräch mit Vertretern der EBRD und dem Projektbetreiber ENERGOATOM verweisen, bei welchem die Ergebnisse des österreichischen Gutachtens zur Projektdokumentation des Projektes K2/R4 dargestellt und zur Diskussion gestellt wurden. Die wesentlichen Elemente dieses Gutachtens wurden seinerzeit allen Mitgliedern des Direktoriums der EBRD übermittelt. Entsprechend einem Beschuß der Bundesregierung werde ich dieses, anlässlich einer möglichen Kreditvergabe durch die EBRD im Auftrag der Österreichischen Bundesregierung erstellte, kritische Gutachten zur Projektdokumentation für das Fertigstellungsprojekt der Kernkraftwerke Khmelnitsky - 2 und Rivne - 4 in der Ukraine mit einem Aide - Mémoire der Österreichischen Bundesregierung meinen Kollegen in den EU - Mitgliedstaaten, dem zuständigen EU - Kommissar sowie allen in die Kreditentscheidung involvierten bzw. interessierten Regierungen und Institutionen zur Kenntnis bringen und in konsequenter Fortsetzung der österreichischen Kernenergiepolitik um Unterstützung für die österreichische Haltung werben.